

7. Öffentliche Tagung der Stadtverordnetenversammlung Halle (Saale)
am 26. September 1990

Vorlage-Nr.: 90/I-07/91

TOP

13

Antrag
der Fraktion Bündnis 90

*Neuformulierung d. Auftrages
Beschluss*

Die SVV erklärt Halle zur Garnison- bzw. Kasernen-freien Stadt und beantragt alle in diesem Zusammenhang freiwerdenden Gebäude und Flächen einschließlich Übungsplätzen zur Überführung in kommunales Eigentum. Gleichzeitig sollte die Einrichtung von Naturschutzgebieten auf solchen Flächen geprüft und beantragt werden. Die SVV fordert die zuständigen Dezernenten auf, entsprechende Konzeptionen zu erstellen.

gez. Matthias Waschitschka
Geschäftsführer der Fraktion

Halle, 21.09.1990

Büro Stadtverordnetenversammlung
01.2
21.09.1990

Antrag 07/91

Stadtverordneter Jeschke, BÜ.90/GP:

Aufforderung an die Stadtverordnetenversammlung, sich der Forderung anzuschließen: Halle zur garnisonsfreien Stadt werden zu lassen.

Oberbürgermeister Dr. Renger:

Magistrat hat sich an Ministerium für Abrüstung und Verteidigung und an Bundeswehrministerium mit gleichlautenden Anschreiben gewandt, in denen die Übernahme sämtlicher militärischer Objekte im Stadtgebiet Halle beansprucht wird.

So wie Antrag formuliert ist, wird nach dem 3. Oktober in ein Bundesrecht eingegriffen. Die Stadtverordnetenversammlung sollte auf der Grundlage des Baunutzungsplanes einstweilige Verfügungen erwirken, die die weitere Nutzung als militärisches Gebiet unmöglich machen.

Stadtverordneter Kupke, BÜ.90/GP:

In Zeitung wurde Standortkommandant schon beantragt. Offenbar ist es Fakt, daß ein Objekt, das wir für die Landesregierung brauchen, genutzt wird.

Stadtverordneter Dr. Müller-Gerberding, SPD:

Nach gültigem Baurecht haben die Träger öffentlicher Belange, dazu zählen auch die militärischen Einrichtungen, das Einspruchsrecht gegen jede Art der Raumordnung und nachgeordneten Planungsverfahren als gleichberechtigte Verhandlungspartner.

Er würde anderen Antrag formulieren: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, daß der Magistrat beauftragt wird, alle rechtlich möglichen Schritte zu unternehmen, um die Präsenz militärischer Einrichtungen in der Stadt zu reduzieren.

Stadtverordneter Geuther, CDU:

Diesem Antrag kann sich die CDU-Fraktion anschließen.

Stadtverordneter Jeschke, BÜ.90/GP:

Wir würden uns dem Antrag der SPD-Fraktion anschließen.

Allerdings sollte man nicht nur die rechtlichen Mittel ausnutzen, sondern auf Grund der besonderen ökologischen und sozialen Bedingungen an höhere moralische Verantwortung appellieren.

Stadtverordneter Kupke, BÜ.90/GP:

Noch einmal zu dem vorgeschlagenen Satz: nur Zustimmung zu verhindern, zu Null zu machen.

Präsidium:

Zur Abstimmung: Der Magistrat unternimmt alle möglichen rechtlichen und politischen Schritte, um die Präsenz aller militärischen Einrichtungen zu verhindern.

Abstimmung zu diesem Wortlaut:

mehrheitlich angenommen